



Berliner Wärmeplan

Stellungnahme des BUND Berlin

Mit dem Wärmeplanungsgesetz (WPG) hat der Bundesgesetzgeber die verpflichtende kommunale Wärmeplanung eingeführt. Auf dieser Grundlage beschloss der Berliner Senat am 16. Juni 2026 den von der Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt (SenMVKU) erarbeiteten „Berliner Wärmeplan 2026“. **Der BUND Berlin begrüßt, dass damit erstmals eine gesamstädtische Grundlage für die Wärmewende in Berlin vorliegt.**

Den Anforderungen einer sozial gerechten und wirklich ökologischen Wärmewende, die konsequent auf 100 Prozent erneuerbare Energien setzt, wird der Plan in zentralen Bereichen jedoch trotzdem bislang nicht gerecht. Der BUND Berlin stellt folgende **Forderungen** auf, die im weiteren Text näher erläutert werden:

- Erhöhung und finanzielle Absicherung der energetischen Sanierungsrate
- Systematische Verknüpfung energetischer und sozialer Daten zur gezielten Förderung von Sanierungen und zur Verhinderung von Verdrängung
- Unverzügliche Erfassung und Veröffentlichung der technischen und wirtschaftlichen Potenziale aller lokalen Umwelt- und Abwärmequellen
- Nachweis der technischen und finanziellen Machbarkeit einer vollständigen Dekarbonisierung vor weiterem Ausbau und Verdichtung der Fernwärmenetze
- Vorlage transparenter, quartiersbezogener Gesamtkostenvergleiche von Fernwärme, Nahwärme und dezentralen Lösungen für alle Wärmeversorgungsgebiete
- Frühzeitige, transparente und koordinierte Planung des Ausstiegs aus dem Gasverteilnetz mit paralleler Sicherstellung einer verlässlichen erneuerbaren Wärmeversorgung
- Verbindliche Finanzierung der Umsetzung des Wärmeplans im nächsten Landeshaushalt einschließlich ausreichender Personal- und Sachmittel insbesondere für die Bezirke
- Verbesserung der Planungs- und Genehmigungsverfahren durch klare Zuständigkeiten ohne Absenkung der Umwelt- und Naturschutzstandards
- Offenlegung der Planungsdaten, Stärkung der Transparenz und echte Beteiligung der Bevölkerung, um Vertrauen und Akzeptanz zu schaffen.

Der Berliner Senat muss die Wärmeplanung als Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge mit klarer Verantwortung des Landes begreifen, als zentrale Aufgabe der nächsten Legislaturperiode verankern und eine zukunfts feste, bezahlbare und klimaneutrale Wärmeversorgung für alle Berliner*innen bis 2045 sicherstellen.

Sanierungsraten erhöhen

Bei einer **Wärmewende darf nicht nur auf neue Heizungen gesetzt werden**. Entscheidend ist, Gebäude so zu sanieren, dass sie von **vornherein weniger Energie für Heizung und Warmwasser benötigen**. Das senkt den Verbrauch dauerhaft, schützt besser vor steigenden Energiepreisen und verringert den Bedarf an knappen erneuerbaren Wärmequellen. Zugleich kommen sanierte Gebäude mit niedrigeren Temperaturen aus, wodurch Fernwärme und große Wärmepumpen effizienter arbeiten können.

Die Berliner Wärmeplanung setzt eine Sanierungsquote von jährlich 1,7 Prozent an. Das erscheint gegenüber der bundesweit zuletzt erreichten Rate von rund 0,7 Prozent zwar ambitioniert, **reicht für einen klimaverträglichen Kurs aber nicht aus**. Statt Wege zur Beschleunigung einer sozialverträglichen Sanierung aufzuzeigen, senkt der Plan das Anspruchsniveau. Das ist ein falsches politisches Signal. Zudem fehlen selbst für das 1,7-Prozent-Ziel konkrete Maßnahmen und eine gesicherte Finanzierung.

Schutz vor Verdrängung durch gezielte Fördermaßnahmen

Nach dem Wärmeplanungsgesetz sollte der Berliner Wärmeplan eigentlich Gebiete mit besonders hohem Energiesparpotenzial ausweisen, allerdings ist der **energetische Zustand der Berliner Gebäude bisher nur unzureichend erfasst**. Der Maßnahmenkatalog sieht zwar eine Evaluierung des Sanierungsstands und eine Sanierungsstrategie vor – lässt dafür aber bis 2035 Zeit. Aus Sicht des BUND Berlin ist das deutlich zu spät. Beides muss sofort beginnen, die **Finanzierung im nächsten Haushalt gesichert werden**.

Gerade unsanierte Gebäude werden oft von finanziell besonders schlecht gestellten Haushalten bewohnt. Deshalb sollten **Fördermittel, Sanierungsprioritäten und Mieterschutz gezielt auf diese Haushalte ausgerichtet** werden. Der BUND Berlin fordert daher, den Wärmeplan um ein **systematisches Konzept zur Verbindung von energetischen und sozialen Daten** zu ergänzen. So können Gebäude mit hohem Einsparpotenzial und zugleich besonders belasteten Mieter*innen gezielt erkannt und vorrangig unterstützt werden. Außerdem sollte Berlin die Bundesförderung durch eigene Zuschüsse ergänzen, besonders für Menschen mit wenig Einkommen und gemeinnützige Träger in Gebäuden mit besonders schlechtem energetischem Zustand.

Potenziale lokaler Wärmequellen ausschöpfen

Informationen zu Berliner Umwelt- und Abwärmequellen liegen bisher in sehr unterschiedlicher Detailtiefe vor. Für Abwasserwärme und oberflächennahen Erdwärme ist bereits Kartenmaterial veröffentlicht. Mit Daten zur tiefen Geothermie wird hingegen erst 2027 oder 2028 gerechnet. Bei Abwärme aus Industrie, Rechenzentren, U-Bahnhöfen und Umspannwerken wurden bisher vor allem theoretische Potenziale erfasst; **Angaben zur tatsächlichen Nutzbarkeit fehlen weitgehend**. Die Daten zu Industrie und Gewerbe sind zudem auf Grund der Erhebungsmethode lückenhaft. Eine Karte zur Wärmenutzung aus Berliner Gewässern lag bei Veröffentlichung des Wärmeplans noch nicht vor. Zum Potenzial von Luftwärme fehlen nach Kenntnis des BUND Berlin bislang Studien und Karten, die etwa baurechtliche Restriktionen abbilden.

Der BUND Berlin fordert, dass die technischen und wirtschaftlichen Potenziale aller lokalen Wärmequellen unverzüglich und umfassend untersucht und die Ergebnisse öffentlich zugänglich gemacht werden, um so der städtischen Wärmeplanung eine belastbare Basis zu geben.

Fernwärmeausbau – nur mit gesicherter Dekarbonisierung und Preisaufsicht

In allen Langfristszenarien ihres Dekarbonisierungsplans für die Berliner Fernwärme setzt die BEW **weiterhin auf die Verbrennung von hohen Mengen von Wasserstoff, Abfall und Biomasse**. Dabei ist die Verfügbarkeit und der Preis für Wasserstoff aus erneuerbaren Energien ungeklärt und die energetische Nutzung von Holz ist nicht klimaneutral, da bei der Verbrennung kurzfristig erhebliche CO₂-Mengen freigesetzt werden, während die Wiederbindung im Wald Jahrzehnte benötigt. Auch die Abfallverbrennung ist mit relevanten Treibhausgas- und Schadstoffemissionen verbunden und steht **im Widerspruch zu langfristig angelegten Zero-Waste-Strategien**.

Dies macht eine erweiterte Nutzung von **Umwelt- und Abwärmepotenzialen über die beschriebenen Szenarien hinaus zwingend erforderlich**. Die BEW führt jedoch in ihrem aktuellen Dekarbonisierungsfahrplan aus, dass das bestehende Fernwärmenetz auf wenige, historisch gewachsene Einspeisepunkte ausgerichtet ist und neue Quellen aus Umwelt- und Abwärme nur mit erheblichem Netzausbau eingebunden werden können. **Somit begrenzt die heutige Fernwärmenetzstruktur faktisch, wo klimafreundliche Technologien wie Tiefengeothermie, Umwelt- und Abwasserwärme überhaupt wirtschaftlich genutzt werden können.**

Wenn die durch die Fernwärme nutzbaren Potenziale tatsächlich zu gering sind, um die Verbrennung von Wasserstoff, Holz und Abfall weiter zu verringern, wäre dies ein starkes Argument, die im Berliner Wärmeplan so zentralen Ausbau- und Verdichtungspläne für die Berliner Fernwärme dringend zu überdenken.

Der BUND Berlin fordert, dass eine echte Dekarbonisierung des bestehenden Fernwärmenetzes technisch und finanziell verlässlich gesichert ist, bevor Ausbau und Nachverdichtung weiter vorangetrieben werden.

Kostentransparenz statt Anschlusszwang

Das Wärmeplanungsgesetz verlangt ausdrücklich, dass die **jeweils wirtschaftlichsten, treibhausgasärmsten und energieeffizientesten Maßnahmen ausgewählt werden**. Vor diesem Hintergrund wäre bei der Einteilung in unterschiedliche Wärmeversorgungsgebiete eine nachvollziehbare Gesamtkostenabschätzung als Grundlage des Wärmeplans zu erwarten.

Demgegenüber **setzt der Berliner Wärmeplan aus Sicht des BUND Berlin viel zu stark und unhinterfragt auf Fernwärme**. Problematisch ist vor allem die Kombination aus weiter stark fossilen Wärmenetzen, fehlender wirksamer Kontrolle der Fernwärmepreise und der gleichzeitigen Prüfung eines Anschlusszwangs. Ein Zwangsanschluss ohne verlässlich klimafreundliche Wärme und ohne wirksamen Schutz vor überhöhten Preisen ist Eigentümer*innen und Mieter*innen nicht zuzumuten.

Stattdessen braucht Berlin **eine Wärmeplanung, die sich am Gemeinwohl orientiert**. Für jedes Quartier muss transparent geprüft werden, welche Lösung ökologisch, bezahlbar und sozial gerecht ist. Dafür reicht es nicht, nur zu betrachten, wo eine Verdichtung und der Ausbau der Fernwärmenetze für die Betreiber technisch und wirtschaftlich umsetzbar ist. Entscheidend ist vielmehr, **welche Versorgungsform für die Menschen vor Ort am sinnvollsten ist**.

Deshalb fordert der BUND Berlin eine nachvollziehbare Gesamtkostenbewertung für alle Versorgungsgebiete – Quartier für Quartier. Dabei müssen die vor Ort verfügbaren Umwelt- und Abwärmequellen einbezogen und Fernwärme mit Alternativen wie Nahwärme und dezentralen Wärmepumpen verglichen werden.

Gasausstieg und Aufbau von Wärmenetzen koordinieren

Wegen knapper Verfügbarkeit und unsicherer Preise ist eine dezentrale Wärmeversorgung mit Wasserstoff über das bestehende Gasnetz im Wärmeplan nicht vorgesehen. Der Erdgasverbrauch soll laut Wärmeplan von heute 17,1 auf 7,6 Terawattstunden im Jahr 2035 sinken und bis 2045 ganz aus der dezentralen Wärmeversorgung verschwinden. Der **BUND Berlin begrüßt ausdrücklich dieses klare Bekenntnis zum Ausstieg aus dem Gasverteilernetz**.

Offen bleibt jedoch, wie dieser Übergang konkret organisiert werden soll. **Im Wärmeplan fehlt ein Konzept dafür, wie das Gasverteilnetz schrittweise stillgelegt** und gleichzeitig der Ausbau von Wärmenetzen bzw. der Umstieg auf Wärmepumpen gesichert werden sollen. Zwar ist eine Transformationsstrategie für den Gassektor vorgesehen, aber erst bis 2030 oder 2035. Angesichts des erwarteten schnellen Rückgangs des Gasverbrauchs ist das deutlich zu spät. Auch bleibt offen, wie und von wem die notwendigen Nahwärmenetze in den betroffenen Gebieten aufgebaut und betrieben werden sollen.

Der BUND Berlin fordert dagegen einen frühzeitig geplanten, transparenten und koordinierten Ausstieg aus dem Gasnetz. Parallel muss die Versorgung über Wärmenetze bzw. erneuerbare Einzellösungen sichergestellt sein. Dafür braucht es eine ausreichend ausgestattete öffentliche Planung, damit die Wärmeversorgung für alle Berliner*innen jederzeit verlässlich und bezahlbar bleibt.

Maßnahmen finanzieren – Verbindlichkeit statt Prüfaufträge

Zentrale Aufgaben der Wärmewende müssen in der nächsten Legislaturperiode endlich angegangen werden. Dazu gehören eine **deutlich höhere energetische Sanierungsrate** des Gebäudebestands, besonders bei städtischen Gebäuden und unter **wirksamem Schutz finanziell schlechter gestellter Haushalte**, eine echte Strategie zur **Dekarbonisierung der Berliner Fernwärme auf Basis lokaler Wärmequellen**, ein Fahrplan für den koordinierten Ausstieg aus dem Erdgasnetz, eine **vollständige Kartierung aller nutzbaren Wärmequellen** sowie ein quartiersbezogener Vergleich von Fernwärme, Nahwärme und dezentralen Lösungen nach ökologischen Kriterien und nach den tatsächlichen Kosten für Eigentümer*innen, sowie Mieter*innen.

Wie groß der Handlungs- und Finanzierungsbedarf ist, zeigt auch der Dekarbonisierungsfahrplan der landeseigenen BEW. Als zentrale Voraussetzungen für den Umbau der Fernwärme nennt er neben höheren Sanierungsraten im Gebäudebestand vor allem die **Sicherung geeigneter Flächen für Wärmepumpen, tiefe Geothermie und Wärmespeicher**, gebündelte Genehmigungsverfahren sowie eine enge Zusammenarbeit von Behörden und landeseigenen Unternehmen, etwa bei der Nutzung von Abwasserwärme und beim Ausbau des Berliner Stromnetzes.

Der BUND Berlin kritisiert, dass der vom Senat vorgelegte Wärmeplan zwar **zahlreiche dringende Aufgaben benennt, zugleich aber fast alle Maßnahmen unter Finanzierungsvorbehalt stellt**. An mehreren Stellen wird sogar ausdrücklich eingeräumt, dass wichtige Vorhaben mit dem vorhandenen Personal nicht zu bewältigen sind. Das gilt besonders für die Bezirke, die viele zusätzliche Aufgaben übernehmen sollen, ohne dass dafür Stellen und Mittel gesichert sind. Es ist **politisch nicht hinnehmbar, einen Wärmeplan als zentrale Zukunftsstrategie vorzulegen und seine Umsetzung dann finanziell offenzulassen**. Wer die Wärmewende ernst meint, muss die dafür nötigen Mittel im nächsten Haushalt verbindlich bereitstellen. Alles andere untergräbt die Glaubwürdigkeit des Senats und gefährdet die Umsetzung der Berliner Wärmewende.

Der BUND Berlin fordert, die Umsetzung des Wärmeplans im kommenden Landeshaushalt verbindlich und ausreichend zu finanzieren. Dies umfasst insbesondere zusätzliche Personalstellen und finanzielle Mittel für die Bezirke, damit sie die ihnen übertragenen Aufgaben der Wärmewende tatsächlich erfüllen können.

Planungsbeschleunigung darf nicht zulasten des Umwelt- und Naturschutzes gehen. Nötig sind vielmehr klare Zuständigkeiten, sowie einheitliche, fachlich ausgereifte und verlässliche Verfahren, die den Ausbau umweltverträglicher Wärmequellen erleichtern und zugleich hohe Schutzstandards sichern.

Transparenz und zivilgesellschaftliche Teilhabe an der Wärmeplanung

Eine echte Beteiligung der Stadtgesellschaft setzt voraus, dass die Grundlagen der Wärmeplanung transparent und öffentlich zugänglich sind. Vertrauen und Akzeptanz entstehen nur, wenn Entscheidungen nachvollziehbar sind und Betroffene dauerhaft einbezogen werden.

Der vorliegende Wärmeplan ist als erster Aufschlag zu verstehen, der in den kommenden Jahren in enger, sorgfältig abgestimmter Zusammenarbeit zahlreicher städtischer Akteure präzisiert und weiterentwickelt werden muss. Zivilgesellschaftliche Beteiligung darf sich dabei nicht auf einmalige Stellungnahmen beschränken; vielmehr müssen Umweltverbände, Mieter*innenvertretungen, Wohnungswirtschaft, Handwerk, Bezirke, Energiegenossenschaften und Fachöffentlichkeit dauerhaft und strukturiert in die weitere Wärmeplanung eingebunden werden.